

## Dokumentation

### EINE DENKSCHRIFT OTTO HOETZSCHS VOM 5. NOVEMBER 1918

#### *Einleitung*

Die hier im Wortlaut abgedruckte Denkschrift<sup>1</sup> des außenpolitischen Chefkomentators der konservativen Kreuz-Zeitung<sup>2</sup>, späteren außenpolitischen Sprechers der deutschnationalen Reichstagsfraktion und Professors für osteuropäische Geschichte an der Berliner Universität, Otto Hoetzsch, befindet sich in dem Teil des Nachlasses von Kuno Graf Westarp, der heute im Deutschen Zentralarchiv Potsdam verwahrt wird. Niedergeschrieben wurde sie in den Tagen zwischen der Verkündung der verfassungsändernden Gesetze vom 26. Oktober und dem 5. November. Jedoch steht es außer Zweifel, daß der gewöhnlich dem linken Parteiflügel zugerechnete Hoetzsch hier nur Gedanken in geschlossener Form niederlegte, die er schon längere Zeit entwickelt hatte. Offenbar hielt er ihre Durchsetzung angesichts der drohenden militärischen Niederlage und des Zusammenbruchs des preussisch-deutschen Konstitutionalismus für notwendig, sollte der Konservatismus als Staatsanschauung und die konservative Partei überhaupt eine Überlebenschance besitzen. Hinzu kam noch ein aktueller innerparteilicher Anlaß, der es für Hoetzsch nahelegte, sich in schriftlicher Form zu äußern: seit Anfang Oktober 1918 tagte eine, auf Drängen der Parteiführung um Heydebrand und Westarp eingesetzte, Kommission, die das seit 1892 gültige Tivoli-Programm der deutschkonservativen Partei einer Revision unterziehen sollte. Da Hoetzsch dieser Kommission selber nicht angehörte, versuchte er seinen Gedanken durch diese Denkschrift Eingang in die Überlegungen der Kommission zu verschaffen. Es ist aber nicht sicher, ob die Kommissionsmitglieder, denen er ausweislich des Anschreibens zur Denkschrift diese zugesandt hatte, seine Überlegungen noch berücksichtigt haben oder berücksichtigen konnten, da bereits am 6. November der Parteiführung ein erster Vorschlag für ein neues Parteiprogramm unterbreitet wurde<sup>3</sup>. Vielleicht spiegelt aber die Hoetzsch-Denkschrift auch nur die Tatsache wider, daß seine Konzeption in der parteioffiziellen Kommission nicht geteilt wurde<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup> Ganz kurze wörtliche Zitate und Paraphrasen einzelner Abschnitte der Denkschrift schon bei Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos, Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969, S. 9, 14.

<sup>2</sup> Seine außenpolitischen Kommentare aus der Kriegszeit (mit Ausnahme der aus dem Jahre 1918) sind unter dem Titel, *Der Krieg und die Große Politik*, 3 Bde., Leipzig 1917/18, auch in Buchform erschienen.

<sup>3</sup> Lewis Hertzman, *DNVP, Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918-1924*, Lincoln 1963, S. 28.

<sup>4</sup> Kuno Graf von Westarp, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918*, Berlin 1928, S. 114.

Interesse kann seine Denkschrift aus zweierlei Gründen beanspruchen, einmal weil in ihr eine kritische Bestandsaufnahme konservativer Parteipolitik in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs versucht wird, zum andern weil hier von einem der führenden Männer der deutschkonservativen Partei erstmalig eine Konzeption für den Aufbau einer konservativen Massenpartei entwickelt worden ist, die ihre Basis nicht ausschließlich durch pseudodemokratische Agitation und Demagogie zu gewinnen suchte, wie dies vom Bund der Landwirte oder der extrem-nationalistischen, in vielerlei Hinsicht präfaschistischen Vaterlandspartei mit erheblichem Erfolg vorexerziert worden war. Eines der wichtigsten, wie die Entwicklung der DNVP in der Weimarer Republik deutlich gezeigt hat, für Konservative jedoch nichts weniger als selbstverständlichen Elemente der Hoetzsch'schen Denkschrift ist die klare, unmißverständlich formulierte Akzeptierung der verfassungspolitischen Umwälzungen in Deutschland und Preußen seit dem September 1918. Von besonderem Interesse ist auch die Kälte, mit der Hoetzsch schon vor dem 9. November den monarchischen Gedanken fallen läßt und es ablehnt, für ein sich selbst aufgebendes Königtum einen „hoffnungslosen Verteidigungskampf“ zu führen. Zwar ist deutlich zu spüren, daß Hoetzsch die Aufrechterhaltung der bisherigen politischen Organisation für weit günstiger und auch effektiver gehalten hätte, im Falle eines siegreichen Kriegsausgangs auch nicht vor einer Diktatur zurückgeschreckt wäre, um die alten Vorkriegsverhältnisse wiederherzustellen, jedoch war er – im Sinne des Bismarckwortes, daß Politik die Kunst des Möglichen ist – Politiker genug, statt nur in hoffnungsloser Opposition und der Erinnerung an vergangene Zeiten zu leben, eine konstruktive politische Mitarbeit anzustreben, die ihm allein eine Chance zur Bewahrung der wichtigsten Grundpositionen des deutschen Konservatismus zu bieten schien. Als Vorbild für eine konservative Massenpartei in einer demokratisierten Staats- und Gesellschaftsordnung, in der die alten Führungsschichten, d. h. der preußische Adel, wenigstens teilweise seine angestammten Machtpositionen behaupten konnte, erschienen ihm dabei die englischen Konservativen, für deren großen Reformator im 19. Jahrhundert, Benjamin Disraeli, er zeitlebens ungeschmälerte Bewunderung hegte<sup>5</sup>. Er lehnte daher die in rechtsstehenden Kreisen weitverbreitete Auffassung als illusionär ab, man könne eine große konservative Massenpartei, die eine realistische Chance besaß, einmal auch wieder parlamentarische Mehrheitspartei zu werden, durch eine bloße Addition aller rechtsstehenden Parteien oder Parteiflügel, d. h. der Deutschkonservativen, der Freikonservativen (Reichspartei), der berufsständischen und völkischen Parteien und des rechten Flügels der Nationalliberalen, bilden. Er war sich vielmehr dessen völlig bewußt, daß alle diese Parteien und Gruppierungen das grundlegende Dilemma der Deutschkonservativen teilten. Sie alle hatten im Kaiserreich, gestützt auf das preußische Dreiklassenwahlrecht, auf das längst ebenfalls zum Klassenwahlrecht depravierte Reichstagswahlrecht<sup>6</sup>, auf einen fast ausschließlich, wenn

<sup>5</sup> Vgl. Otto Hoetzsch, *Germany's Domestic and Foreign Policy*, New Haven 1929, S. 28 f.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Denkschrift über die Entwicklung der Reichstagswahlkreise, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 521, Dr. S. Nr. 895, S. 1669 ff.

auch nicht durchgehend im spezifisch parteipolitischen Sinne, konservativen Beamtenapparat und durch mannigfache soziale, ökonomische und politische Privilegien begünstigt, darauf verzichtet, eine wirklich funktionierende Parteiorganisation aufzubauen. Nur dadurch und durch ein klares politisches Programm wäre eine Massenbasis überhaupt erst ermöglicht worden. Der Ausweg, den mit durchschlagendem Erfolg die Vaterlandspartei 1917/18 beschritten hatte, statt durch eine rational einsichtige Programmatik und Politik ihre Anhänger zu gewinnen, ausschließlich auf die Wirksamkeit der an primitivste Instinkte appellierenden völkisch-antisemitischen und nationalistischen Propaganda zu setzen, schien Hoetzsch in der gegebenen politischen Situation chancenlos zu sein. Er mochte – auf längere Sicht gesehen – sich darin irren, aber er sah sehr klar, daß eine solche Phraseologie die Rückbesinnung auf die alten Werte der konservativen Staatsanschauung und ihre organische Verbindung mit den neuen demokratischen Gedanken nur behindern konnte. Er appellierte daher an die konservativen Parteiführer, sich von der in den letzten Jahren innenpolitisch viel zu stark auf die ökonomischen Interessen des Großgrundbesitzes ausgerichteten und außenpolitisch zu sehr von nationaler Phraseologie und sozialdarwinistischen Gedankengängen bestimmten Politik zu distanzieren. Statt dessen sollten sie durch ein ausgewogenes Sachprogramm und realisierbare Spezialprogramme zu einzelnen innen- und außenpolitischen Problemen eine konservative Alternative zu der großen demokratischen Massenpartei, der Sozialdemokratie, ermöglichen. Ihre Basis konnten und sollten nach Hoetzschs Vorstellungen vor allen Dingen die ländliche bäuerliche Bevölkerung, die durch eine großzügige innere Kolonisation vergrößert werden sollte, das Beamtentum und der selbständige Mittelstand sein; dieser Kombination würde sich, so nahm Hoetzsch an, das industrielle Unternehmertum nolens volens anschließen müssen, da dieses mangels eigener Basis sonst jeden politischen Einfluß verlieren würde.

Wie so viele Überlegungen aus diesen letzten Wochen des Kaiserreichs wurde auch die Hoetzschsche Denkschrift durch die Ereignisse des 9. November 1918 überholt; doch betraf dies mehr seine langfristigen Planungen für die Erarbeitung des Programms, nicht jedoch den materiellen Gehalt der Denkschrift. Denn ihr Inhalt, vor allen Dingen auch seine nicht nur aus taktischen Rücksichten formulierte Absage an den völkisch-antisemitischen Radikalismus<sup>7</sup> und seine Stellungnahme gegen die Verketzerung der Sozialdemokratie als „vaterlandslose Gesellen“, hätten durchaus die gewünschte Basis für Programm und Politik einer rechtsstehenden Sammlungspartei abgeben können. Sie hätte dann nicht unbedingt in das antidemokratische Fahrwasser abgleiten müssen, in dem die DNVP trotz verbaler Übernahme einiger Vorschläge von Hoetzsch in den Gründungsaufruf vom 24. November und den Wahlaufuf vom 27. Dezember 1918<sup>8</sup> von Anfang an schwamm.

<sup>7</sup> Gegen Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos*, S. 14, die m. E. die taktischen Gesichtspunkte, die Hoetzsch sicher auch zu seiner Stellungnahme bewegt haben, überbetont.

<sup>8</sup> Beide Aufrufe sind abgedruckt bei Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956, S. 107–112.

Zur Technik der Edition sei noch bemerkt, daß die erläuternden Hinweise zu einzelnen Personen oder Sachfragen möglichst knapp gehalten worden sind, daß jedoch zur Erklärung der vielen von Hoetzsch nur angedeuteten Probleme jeweils auf die neuere Literatur verwiesen wird.

*Peter-Christian Witt*

### Dokument<sup>9</sup>

Prof. Dr. Otto Hoetzsch<sup>10</sup> an Kuno Graf Westarp<sup>11</sup>,

Berlin, den 5. November 1918

[Vermerk von der Hand Westarps] 1 *Anl.* unbeantw[ortet]<sup>12</sup>

Hochgeehrter Herr Graf!

Ich möchte Sie gar nicht lange belästigen, nur die beiliegende Aufzeichnung Ihnen übersenden, die ich zunächst für mich selber gemacht habe und dann einigen an diesen Fragen besonders interessierten Herren zugänglich gemacht habe, wie Herr v. d. Osten<sup>13</sup>, Herr v. Kries<sup>14</sup> und anderen. Ich bitte Sie, in der Fülle Ihrer Geschäfte sich jetzt nicht zu bemühen, um diese Blätter zu lesen. Ich wollte sie nur Ihnen überreichen als dem Führer der Partei und bin

in ausgezeichneter Hochachtung  
wie stets Ihr ergebenster  
O. Hoetzsch

<sup>9</sup> Deutsches Zentralarchiv (DZA) Potsdam, Nachlaß Westarp Nr. 27, Otto Hoetzsch an Kuno Graf Westarp, 5. 11. 1918, Bl. 45; Anlage: Aufzeichnung Bl. 46–61. Im Original Unterstrichenes ist hier kursiv gesetzt.

<sup>10</sup> Otto Hoetzsch, Dr. phil., Professor an der Universität Berlin, 1876–1946; MdR für die DNVP Juni 1920–Sept. 1930 (I.–IV. WP); zu Hoetzschs politischer Rolle in der Weimarer Republik vgl. Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956; Lewis Hertzman, *DNVP, Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924*, Lincoln 1963; Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos, Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969.

<sup>11</sup> Kuno Graf von Westarp, Oberverwaltungsgerichtsrat, 1864–1945, MdR für die Deutschkonservative Partei 1908–1918, Juni 1920–Sept. 1930 für die DNVP, Sept. 1930–Juli 1932 für die Konservative Volkspartei; vgl. zu Westarp vor allen Dingen seine Erinnerungen: *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, 3 Bde., Berlin 1955; ders., *Am Grabe der Parteierrschaft*, Berlin 1952; ders., *Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918*, Berlin 1928; Erasmus Jonas, *Die Volkskonservativen 1928–1933, Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung*, Düsseldorf 1965, sowie die in Anm. 10 genannten Schriften.

<sup>12</sup> Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos*, S. 162, hat offensichtlich diesen eigenhändigen Vermerk Westarps übersehen, aus dem eindeutig hervorgeht, daß eine Antwort Westarps, aus welchen Gründen auch immer, nicht erfolgte.

<sup>13</sup> V. d. Osten-Warnitz, MdA für die Deutschkonservative Partei, galt als einer der Führer der innerparteilichen Opposition gegen den Parteiführer Ernst von Heydebrand und der Lase (vgl. Klasing an Westarp, 10. 10. 1918, DZA Potsdam, NI Westarp Nr. 28); vgl. auch die v. d. Osten entworfene „Denkschrift über die Wirkungen der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen“, Anklam 1917.

<sup>14</sup> Dr. jur. Wolfgang v. Kries, MdA für die Deutschkonservative Partei, im Kriege Zivil-

## Streng vertraulich!

## I.

Soviel im Kriege von der Neuorientierung geredet worden ist, so ist doch auch heute die Bedeutung der Verfassungsänderung im Reiche<sup>15</sup>, die ohne Übertreibung als Revolution zu bezeichnen ist, in den Kreisen der Rechtsstehenden noch nicht voll erkannt worden. Sie ist in den letzten Wochen zu schnell gekommen, der Glaube, daß es sich dabei um etwas vorübergehendes, vielleicht wieder rückgängig zu machen des handeln könne, ist noch zu stark. Dagegen stellt die Durchsetzung des gleichen Wahlrechts in Preußen bereits seit längerem die Kreise vor die Frage: was nun? Obwohl der Kampf um das gleiche Wahlrecht lange gedauert hat<sup>16</sup>, ist die Vorbereitung auf die Lage nach seiner Annahme in allen rechtsstehenden Kreisen so gering, daß im Augenblick der endgültigen Annahme auf jene Frage nur mit Niedergeschlagenheit, ja Verzweiflung geantwortet werden wird<sup>17</sup>. Die Frage: was nun? tritt daher, wenn Ende dieses Jahres das gleiche Wahlrecht in Preußen angenommen ist, mit elementarer Gewalt an die konservative Partei vor allem heran. Die Gefahr ist in diesem entscheidenden Augenblick sehr groß, daß sich Kreise des Gedankens einer Neueinrichtung und Neusammlung der Rechtsstehenden bemächtigen, die daraus weder für das Vaterland noch für die konservative Partei etwas nützlich machen können. Gemeint damit ist der heute vorhandene extrem-nationale Radikalismus, der dann, worauf Anzeichen schon hindeuten, mit noch größerer Schärfe auftreten und die Neusammlung auf der ausschließlichen Grundlage des nationalen Gedankens versuchen wird<sup>18</sup>, womöglich unter Benutzung der sicherlich nach dem

gouverneur von Warschau; zu seiner Rolle vgl. Werner Conze, *Polnische Nation und Deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln/Graz 1958, passim.

<sup>15</sup> Es handelt sich um die am 25./26. 10. 1918 vom Bundesrat genehmigten und am 28. 10. 1918 verkündeten Gesetze betr. die „Abänderung der Reichsverfassung [Art. 21,2] und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. 3. 1878“ und des „Gesetzes zur Abänderung der Artikel 11, 15, 17, 53, 64, 66 der Reichsverfassung“, RGBl. 1918, Nr. 144; Dt. Reichsanzeiger Nr. 262, 4. 11. 1918. Vgl. auch zu diesen Vorgängen, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 2, Düsseldorf 1962, insbes. S. 348 ff., 378 ff., Udo Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland, Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung*, Köln und Opladen 1967, S. 291 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Reinhard Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1964, insbes. S. 189 ff.; Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 505 ff.; Victor Eredt, *Erinnerungen und Dokumente*, bearbeitet von Martin Schumacher, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 5. Reihe, Bd. 1, Düsseldorf 1970, S. 121-126, 132-136, 336-342.

<sup>17</sup> Dieser Eindruck wird bestätigt durch die Hilflosigkeit, mit der die Konservative Partei auf die Ereignisse nach dem 9. November reagierte, vgl. Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos*, S. 11 ff.

<sup>18</sup> Hoetzsch spielt hiermit auf die am 2. 9. 1917 (vgl. Schulthess 1917/I, S. 782 ff.) gegründete Vaterlandspartei an, deren lautstarke nationalistische Demagogie auch für die Konservativen eine realistische Gefahr darstellte; vgl. Karl Wortmann, *Geschichte der Vaterlandspartei*, Halle 1926; Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954, S. 66 ff., sowie Dirk Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation, Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918*, Ein Beitrag zur

Kriege sehr stark einsetzenden antisemitischen Welle<sup>19</sup>. Aus einem solchen Versuche wird, wie gesagt, für unser Vaterland wie für die unter allen Umständen notwendig und lebendig bleibende konservative Sache nichts nützliches herauskommen, weil jene Kreise die Tatsache nicht richtig einschätzen, daß das politische Leben Deutschlands nunmehr endgültig auf demokratische, d.h. Masseneinflüsse gestellt ist und daß daher die nationale Intelligenz, die nationalen Kreise der Bildung unter allen Umständen in der Minderheit sind, die auch keine Aussicht hat, Mehrheit zu werden. Jede Erwägung, angesichts der neuen Lage die rechtsstehenden Elemente zu rallieren, muß vielmehr von folgenden 3 Sätzen ausgehen:

1. Diese Sammlung kann nur auf *demokratischer* Massengrundlage erfolgen<sup>20</sup>.
2. Den Block dazu kann allein die *alte konservative Partei* bilden, der sich jene an sich sehr wertvollen Elemente der nationalen Bewegung, der Bildung und des mobilen Besitzes anschließen müssen, die aus eigener Kraft zu einflußreicher Parteibildung nicht fähig sind.
3. Die Führerschaft in dieser Neubildung kann und muß wie bisher der altpreußische *Adel* behalten.

## II.

Damit entsteht für die konservative Partei die Frage, wie sie sich zu der Neuordnung *programmatisch* stellt. Soll sie die innerpolitische Wendung des 5. Oktober<sup>21</sup> und die Annahme des gleichen Wahlrechts in Preußen<sup>22</sup> als unwiderruflich betrachten oder eine Rückbildung in die bisherigen Formen der konstitutionellen Monarchie für möglich halten? Je nach der Antwort auf diese Frage bestimmt sich, ob die Partei ihr Programm, ihre bisherige Politik, Organisation und Agitation ändern muß oder nicht.

Nach meiner Überzeugung kann die jetzige Wendung nicht rückgängig gemacht werden. Ein glücklicher Kriegsausgang hätte die Möglichkeit einer Diktatur und die Neueinrichtung im Sinne der Wahrung der Kronprärogativen und der bisherigen Verfassung gebracht<sup>23</sup>. Der in Aussicht stehende Kriegsausgang schließt diese Mög-

Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 351–432; vom gleichen Autor wird in Kürze auch eine Geschichte der Vaterlandspartei erscheinen.

<sup>19</sup> Vgl. Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus, Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1925*, Hamburg 1970, S. 49 ff.; Werner Jochmann, *Die Ausbreitung des Antisemitismus*, in: *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, hrsg. von Werner E. Mosse, Tübingen 1971, S. 409–510.

<sup>20</sup> Zu der Frage der Massenbasis der konservativen Partei im Kaiserreich vgl. den instruktiven Aufsatz von Hans Rosenberg, *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse*, in: *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt a.M. 1969, S. 7–49 (zuerst in: *Zur Geschichte und Problematik der Demokratie*, Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958).

<sup>21</sup> Hoetzsch spielt auf die am 3. 10. 1918 erfolgte Ernennung Prinz Max von Badens zum Reichskanzler und die am 5. 10. verkündete (tatsächlich am 4. 10. vollzogene) Bestellung parlamentarischer Staatssekretäre an, die ihr Amt bis zur Verfassungsänderung (vgl. o. Anm. 15) kommissarisch verwalteten.

<sup>22</sup> Tatsächlich war die Frage des gleichen Wahlrechts in Preußen noch nicht abschließend parlamentarisch behandelt; doch hatten sich am 15. 10. 1918 sowohl die Konservativen wie auch das Zentrum in einstimmigen Fraktionsentscheidungen für seine Einführung in Preußen ausgesprochen, *Werk des Untersuchungsausschusses*, 4. Reihe, Bd. VII/1, S. 437; Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 505 ff.

<sup>23</sup> Zu diesen während des ganzen Krieges von Konservativen, rechtsstehenden National-liberalen und großen Teilen der sogenannten nationalen Publizistik ventilierten Ideen vgl.

lichkeit absolut aus und zwingt daher, vorausgesetzt daß er nicht überhaupt Deutschland durch eine bolschewistisch-revolutionäre Periode hindurchführt, die jede Berechnung umwirft, zu einer Revision des Programms und der Politik der konservativen Partei. Verharrt sie auf dem bisherigen Standpunkt, so wird, immer vorausgesetzt, daß keine grundstürzende Umwandlung durch den Sozialismus eintritt, die unausbleiblich kommende Neubildung einer Partei der Rechten, der Staatserhaltenden, der Besitzlichen, der Einzelfreiheit und Einzelpersönlichkeit gegen den Massendruck der Proletarier sich ohne das bisherige Rückgrat der konservativen Partei, den altpreußischen Adel vollziehen, ohne, d. h. über ihn hinweg, d. h. wieder gegen ihn. Er wird dann unfehlbar in die Rolle des französischen Adels, vielleicht noch tiefer heruntergedrückt, während das Beispiel der englischen Aristokratie in diesem ungeheuer demokratisierten Lande zeigt, wie sich diese Schicht an der Herrschaft erhalten kann<sup>24</sup>. Eine solche Entwicklung würde aber nicht nur ein Unglück für den altpreußischen Adel, sondern auch für unser Vaterland sein, weil die gewaltigen positiven Kräfte des sogenannten Junkertums nicht brach liegen dürfen und weil ohne es eine neue Rechtspartei keinen rechten Mittelpunkt findet und unausbleiblich demagogisch werden muß.

Rein taktisch ergibt sich, daß die Partei jetzt *Oppositionspartei* wird. Bleibt sie bei ihrem alten Programm, so werden ihr dann gerade in der nächsten Zeit, wo es darauf ankommt, die Köpfe zur Ruhe und Überlegung zu bringen und die Anhänger zu sammeln, diese massenhaft verloren gehen. Darum darf mit Erwägungen, wie sie hier angestellt werden, nicht gewartet werden bis zum nächsten Wahlauftritt. Denn dann vollzieht sich die nächste Wahl zum Reichstag oder zum Landtag doch mit den alten Programm- und Schlagworten in der Methode der bisher eingehaltenen Defensive und dann kann eine gewaltige, jede Vorstellung übersteigende Wahlniederlage mit Sicherheit vorausgesagt werden. Denn die Opposition, die so bis zur nächsten Wahl gemacht wird, muß naturnotwendig unfruchtbar sein, und wird jeder Werbekraft ermangeln.

Bei weiterer Überlegung muß von den *benachbarten Parteien* als solchen abgesehen werden. Der Gedanke, die Grundlage der Partei durch eine Verbindung mit den Freikonservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen zu erweitern, ist richtig, führt aber allein nicht zum Erfolg. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann vorausgesagt werden, daß die freikonservative Partei als solche keine Zukunft mehr hat; die hoffnungslose Schwäche in der Basis des rechten nationalliberalen Flügels ist desgleichen bekannt genug<sup>25</sup>. Diese Kreise sind nur mit Hilfe eines eigenen Programms und eigener Politik zu gewinnen, zu der die benachbarten herangezogen werden und der sie sich anschließen. Aus eigener Kraft werden weder die Freikon-

---

Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 3. Aufl., Düsseldorf 1964, passim; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, Köln 1970, S. 449 ff.

<sup>24</sup> Die hier unverhohlen zum Ausdruck gelangende Bewunderung für die englischen Konservativen und die englische Aristokratie wurde im Kaiserreich von vielen deutschen Konservativen geteilt, ohne daß sie freilich, wie Bülow zutreffend in seinen *Erinnerungen* (Bernhard von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, Berlin 1930, S. 520 ff. u. passim) bemerkt, auch den unbestreitbar vorhandenen reformatorischen Eifer englischer Konservativer entwickelten.

<sup>25</sup> Zur Situation der Nationalliberalen Partei im Ersten Weltkrieg vgl. Von Bassermann zu Stresemann, *Die Sitzungen des Nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917*, bearbeitet von Klaus-Peter Reiss, *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe, Bd. 5, Düsseldorf 1967; Hartwig Thieme, *Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914–1918*, Boppard 1963; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, S. 449 ff.

servativen noch Rechtsnationalliberalen eine Sammlung herbeiführen können, weil ihnen die feste soziale Schicht, ohne die eine Partei nicht denkbar ist, fehlt und ihnen als Mittelparteien die heute unbedingt notwendige werbende Kraft abgeht. Daher muß die konservative Partei sich jetzt 1) ein neues *Programm* schaffen<sup>26</sup>, 2) die Linien der künftigen *Organisation* und *Agitation* so ziehen, daß sie mit Erfolg die Freikonservativen und Rechtsnationalliberalen gewinnen und dem Einbruch der eigentlichen Nationalliberalen begegnen kann, und 3) sich für den Osten ein besonderes *Ostmarkenprogramm* schaffen für die Deutschen, das allein eine Parole gegen den Einbruch der Nationalliberalen im Osten bieten kann.

### III.

Der Zwang zur Neubildung liegt in der *Demokratisierung* und im Charakter der Oppositionspartei, den die Partei jetzt zunächst auf absehbare Zeit tragen wird. Daraus ergibt sich für sie ein Entschluß von einer Schwere, wie noch nie in ihrer Geschichte. Auch wer das Gefühl aus der Politik durchaus verbannt, muß anerkennen, daß damit stärkste Gefühlswerte berührt und verletzt werden. Gleichwohl muß der Ruck in uns allen bewußt und entschieden vollzogen werden. Die Partei muß den Boden der *parlamentarischen Demokratie* sowohl im Reiche wie in Preußen mit aller Offenheit und Entschiedenheit betreten und die neue Form für sich ausnutzen. Sie kann heute nicht mehr *plus royaliste que le roi* sein, seitdem das Königtum und Kaisertum seine verfassungsmäßige Stellung selbst aufgegeben hat, die es nie wieder erobern wird. Wir haben den alten preußischen Royalismus in uns zu überwinden – es sei, um nicht die Wunde immer wieder aufzureißen, des Längeren davon nicht gesprochen. Wir müssen nach vorwärts blicken und werden dabei mancher Fessel ledig, die die Partei im letzten Jahrzehnt behindert hat, ohne daß ihr das alte Verhältnis zum Königtum praktisch etwas genützt hat. Die Frage, wie die Partei zur Monarchie steht, wird im neuen Programm ganz davon abhängen, wie die Monarchie überhaupt aus diesen Verfassungskämpfen hervorgeht. Für sie einen hoffnungslosen Verteidigungskampf zu führen, würde die Partei vollends töten<sup>27</sup>.

Mit dem gleichen Wahlrecht, das zunächst im Reichstage wie im Landtage unge-

<sup>26</sup> Seit Anfang Oktober 1918 tagte ein auf Anregung von Westarp und Heydebrand gebildeter Ausschuß, dem Wolfgang von Kries, Hermann Dietrich (1856–1930; MdA 1898–1918, MdR/MdN/MdR 1898–Mai 1928), Joachim von Winterfeld-Menkin (1865–1945, MdR 1908–1918), Martin Schiele (1870–1939, MdR/MdN/MdR 1914–31. 3. 1930) und Ferdinand von Bieberstein-Rogalla (1857–1945, MdR 1903–1918) angehörten, um das Tivoli-Programm von 1892 (vgl. Wolfgang Treue, *Deutsche Parteiprogramme 1861–1954*, Göttingen 1954, S. 74–76) einer Revision zu unterziehen. Der Ausschuß legte seine Ergebnisse erst am 6. 11. 1918 vor und die ursprünglich geplante weitere Beratung kam nach der Revolution nicht mehr zustande, vgl. Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, S. 7.

<sup>27</sup> Zu den seit der Daily-Telegraph-Affaire von 1908 bedeutend verschärften Auseinandersetzungen zwischen dem Kaiser und den Konservativen vgl. Rudolf v. Valentini, *Kaiser und Kabinettschef*, Oldenburg, 1931, S. 99f.; Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 1, S. 41ff.; Klaus Meyer, *Theodor Schiemann als politischer Publizist*, Frankfurt a.M. 1956, S. 151ff.; von besonderem Interesse für das Selbstverständnis der Konservativen als monarchischer Partei ist die Denkschrift des Chefredakteurs der Kreuz-Zeitung, Hermes, 6. 10. 1909, DZA Merseburg, Rep. 89 H I Gen. Nr. 6 vol. 1. Zu den Wandlungen der konservativen Kaiseridee: Elisabeth Fehrenbach, *Wandlungen des deutschen Kaisergedankens*, München–Wien 1969, insbes. S. 89ff.



fähr die gleichen Mehrheiten ergibt, ist ferner auch *die alte föderative Politik nicht mehr möglich*<sup>28</sup>. Mit einem Ruck hat Deutschland das Reichsministerium bekommen und ist der Bundesrat durch das Kriegskabinett ersetzt worden. Die gewaltigen finanziellen Kriegslasten, die ja durch das Reich entstanden sind, werden ferner unwiderstehlich über die alte föderative Grundlage auch im Finanzwesen hinausführen<sup>29</sup>. Danach wird die Partei dafür einzutreten haben, daß nicht mehr in das selbständige Eigenleben der einzelnen Staaten eingetreten wird, als nötig ist, daß diese am Leben bleiben und ihre kulturellen Pflichten erfüllen können und daß Deutschland sich den Quell der Stärke, der hier wie überall auf der Welt im föderativen Zusammenschluß liegt, erhalte. Die Reichsdemokratie wird sehr rasch in der Betonung unitarischer Tendenzen unduldsam werden. Diesen ist entgegenzutreten gerade mit dem wirksamen Hinweis auf die Freiheit des Einzelnen und der einzelnen Organisationen und Lebensformen, auf das Vorbild der übrigen Demokratien, die allesamt föderativ sind. Die genaue programmmäßige Abgrenzung dessen, was unter den neuen Verhältnissen dem Reiche unter allen Umständen zuzugestehen ist und was den Einzelstaaten, also in erster Linie Preußen, bleibt, wird eine besondere Aufgabe sein<sup>30</sup>.

#### IV.

Von dieser neuen Grundlage aus entsteht die Frage, welches die werbenden Gedanken und welches die Schichten sind, mit denen die konservative Partei eine große Partei der rechtsstehenden Elemente sammeln kann. Die *werbenden Ideen* sind die alten, die in jeder konservativen Partei lebendig sein sollen: das Bekenntnis zur *nationalen* Grundlage des Staates im Gegensatz zu den weltbürgerlichen Idealen, in die unsere Demokratie vollständig hereinkommen wird – das Bekenntnis zum *Staat* selbst im Gegensatz zur Betonung der Gesellschaft und der Klasseninteressen, die in der Demokratie übermächtig ist – das Bekenntnis, daß die höchste Freiheit des Einzelnen besteht in der *Bindung* des Einzelnen und des Volkes durch selbst auferlegte *Pflichten* und in der Achtung vor dem selbstgeschaffenen *Gesetz* – das Bekenntnis zum *historisch* Gewordenen gegenüber der unhistorischen Neuerungssucht, zur *organischen* Fortbildung wertvoller alter Bestandteile gegenüber der Sucht niederzureißen – das Bekenntnis zur organisch aufgebauten *Selbstverwaltung* gegenüber der rein demokratischen Gleichmacherei, die bis in die unterste Zelle des sozialen Körpers dringen will und praktisch die Herrschaft des Proletariats überall bedeutet – das Bekenntnis zu der *christlich-sittlichen* Grundlage auch für den Staat und das soziale Leben<sup>31</sup>. Wir werden uns eingestehen müssen, daß in den letzten zwei Jahrzehnten

<sup>28</sup> Zur konservativen Idee des Föderalismus vgl. Hans Booms, *Die Deutschkonservative Partei, Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff*, Düsseldorf 1954, S. 58ff.

<sup>29</sup> Zur Finanzpolitik der Konservativen in der Vorkriegs- und Kriegszeit vgl. meine Untersuchung, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1915*, Lübeck/Hamburg 1970, S. 17–58, 256ff. und passim, sowie Kapitel I, 1 und 5 meiner vor dem Abschluß stehenden Habilitationsschrift über die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches von 1918 bis 1924.

<sup>30</sup> Vgl. zu dieser insgesamt für den föderativen Gedanken vorsichtig optimistischen Prognose und der tatsächlichen Entwicklung in den Revolutionsmonaten Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungsreform und Reichspolitik in der Weimarer Republik*, Berlin 1963, S. 101–212.

<sup>31</sup> Vgl. zur konservativen Ideologie Klemens von Klemperer, *Germany's New Conservatism*,

diese Grundsätze und Ideen, die den Kern der konservativen Welt- und Staatsanschauung bilden, über der einseitigen Betonung der rein wirtschaftlichen Klasseninteressen im Innern<sup>32</sup> und der reinen Machtinteressen nach außen<sup>33</sup> stark gelitten haben und daß die Partei gar nicht mehr braucht, als sich auf sich selbst und die konservativen Gedanken zu besinnen, die ihre Denker in den 50er, 60er und 70er Jahren dachten, von denen nur die überlebte altständische Befangenheit abgestreift zu werden braucht<sup>34</sup>.

Die Schichten können nur sein 1) und in allererster Linie die *Landwirtschaft*, 2) das *Beamten*tum, 3) das, was man bisher selbständigen Mittelstand<sup>35</sup> nannte. Landwirtschaft aber kann nur heißen Großgrundbesitz und Bauerntum zusammen und zwar unter voller Anerkennung der demokratischen Gleichberechtigung des Bauerntums ausnahmslos auf allen Gebieten und unter planmäßiger und mit großen Opfern durchzuführender Erweiterung der bäuerlichen Schichten. Bisher schien der Gedanke daran, eine zur Mehrheit und daher zur Macht im Parlament fähige Partei aufzubauen, utopisch, weil sie durch die Exportindustrie automatisch die Grundlagen der konservativen Partei verkleinerten und der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugunsten der städtischen Industrie sank<sup>36</sup>. Eine rasche Rückkehr in diesen Zustand ist nach dem Kriege ausgeschlossen. Es ist sogar möglich, daß ein starker Zug nach dem Lande einsetzen wird und nötig, diesen zu benutzen und zu gewinnen. In jedem Falle muß in den entscheidenden Augenblicken, d. h. beim Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft die konservative Partei bereit sein, diesen gewaltigen Umstellungsprozeß in ihrem Interesse zu benutzen, das zugleich das Interesse des Staatslebens überhaupt ist<sup>37</sup>. M. a. W. das bisherige deutsche Bauerntum muß möglichst geschlossen unter der Fahne der konservativen Partei gesammelt und es muß durch eine ganz großzügige rücksichtslose *innere Kolonisation*<sup>38</sup> erweitert werden. Dazu darf vor erheblichen Opfern nicht zurückgeschreckt

---

Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton N.J. 1957, insbes. S. 1791–(dort weiterführende Literatur); zur christlich-sozialen Bewegung Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, 2. Aufl., Hamburg 1935.

<sup>32</sup> Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893–1914), Hannover 1966, insbes. S. 213 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, 5. Aufl., Düsseldorf 1964, passim; ders., Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969.

<sup>34</sup> Vgl. dazu Gerhard Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik, Heidelberg 1913; Karl Mannheim, Das konservative Denken, Soziologische Beiträge zum Werden des historisch-politischen Denkens in Deutschland, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 57 (1927), S. 110 ff.

<sup>35</sup> Zur Neuformierung des Mittelstandes vgl. jetzt Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972; Hans-Joachim Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 98–110.

<sup>36</sup> Vgl. zu dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung, den Wanderungsverlusten der überwiegend ländlichen ostdeutschen Gebiete und der Zunahme der Industriearbeiterschaft Walther G. Hoffmann u. a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 178–180, 204 f.

<sup>37</sup> Zur Agitation der landwirtschaftlichen Interessenverbände und konservativer Politiker in der Zeit der sogenannten Übergangswirtschaft und ihrer Versuche, die schwierige ökonomische Lage zur Verfolgung ihrer Interessen auszunutzen, s. Peter-Christian Witt, Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches 1918–1924, Kap. I, 4.

<sup>38</sup> Eine Geschichte der inneren Kolonisation ist ein dringendes Desiderat in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Deutschen Kaiserreiches, vgl. zu einem Teilaspekt, der Rest-

werden, zu denen schon aus technischen Gründen die Schwierigkeiten der Landarbeiterfrage nach dem Kriege zwingen. Unter Bereitstellung eines großen Teiles der Domänen und eines Teiles des gutsbesitzlichen Landes muß sich die konservative Partei entschlossen und rücksichtslos an die Spitze einer solchen Siedlung und bäuerlich-genossenschaftlichen Bewegung stellen, den nationalliberalen Kreisen wie z. B. dem Bauernbunde<sup>39</sup> den Wind aus den Segeln nehmen, den Anschluß der katholischen Bauernelemente<sup>40</sup> ermöglichen und allein dadurch erfolgreich sozialistischen Enteignungsexperimenten entgegenzutreten, die unter allen Umständen nach dem Kriege kommen werden. Auch dafür ist ein baldiges Spezialprogramm eine dringende Notwendigkeit.

An diesen Block müssen dann die *besitzlichen Elemente* in der Stadt und die *Beamten* angeschlossen werden, in denen sich heute bereits der Wunsch, ja die Sehnsucht nach einer Sammlung der staaterhaltenden Elemente<sup>41</sup> lebhaft regt. Da mit einer schnellen Industrialisierung wie vor dem Kriege nicht zu rechnen ist, kann auf diesem Wege die konservative Partei auf rein demokratisch-parlamentarischer Grundlage genügend Mandate erfechten, um den Kampf um die Regierung erfolgreich aufnehmen zu können.

## V.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich schon die grundsätzliche Stellung zur *Wirtschafts- und Sozialpolitik* überhaupt. Der Gedanke liegt nahe, daß die Partei in Anknüpfung an Gedanken der 70er Jahre und mit Betonung der christlichen Sozialpolitik auch die Arbeitermassen gegen das Großkapital zu gewinnen suchen soll<sup>42</sup>. Der Versuch wird praktisch gemacht werden können und in einzelnen Fragen der Sozialisierung wird die Partei schon aus Gründen der Finanzpolitik Zugeständnisse machen müssen<sup>43</sup>. Aber aus inneren und äußeren Gründen ist es unmöglich, den Sozialismus als beherrschendes Prinzip für die innere und die Wirtschaftspolitik der Partei anzuerkennen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in der Zeit nach dem

---

güterfrage, jetzt A. Galos, Die gesellschaftlichen Grundlagen der sogenannten inneren Kolonisation in Deutschland um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Studia Śląskie, seria nowa XVIII* (1970), S. 11–62.

<sup>39</sup> Der Deutsche Bauernbund wurde nach der Finanzreform 1909 im wesentlichen auf Initiative der Nationalliberalen gegründet; ihn allerdings als Dependence der nationalliberalen Partei anzusprechen, ist eine grobe Vereinfachung seiner Politik, vgl. Peter-Christian Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1903–1913, S. 309f., Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 144ff. Zur Organisation und Geschichte des Bauernbunds, vgl. auch Herbert Schwab, Deutscher Bauernbund, in: Dieter Fricke (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien, Bd. I, Leipzig 1968, S. 415–421.

<sup>40</sup> J. Seemann, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, in: D. Fricke (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien, Bd. II, Leipzig 1970, S. 763–774.

<sup>41</sup> Zum Gedanken einer konservativ geführten Sammlungspolitik im Kaiserreich vgl. Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 352ff.; Hans-Jürgen Puhle, Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, Wiesbaden 1972, insbes. S. 54ff.

<sup>42</sup> Siehe Anm. 31.

<sup>43</sup> Mit Rücksicht auf die hohen Kriegsschulden und die noch nicht übersehbaren Kriegsfolgelasten glaubte Hoetzsch offensichtlich in der Sozialisierung einzelner Industrien ein Konzept gegen eine zu hohe steuerliche Belastung gefunden zu haben; dieser Gedanke ist von den Konservativen bzw. der DNVP nicht weiter verfolgt worden.

Kriege der Gegensatz zwischen den proletarisch-besitzlosen Klassen und den Besitzenden aller Art in erster Linie parteibildend wirken wird. Er wird auf diese Weise die Nationalliberalen, die Freisinnigen und vermutlich auch die Zentrumsparthei zersetzen. Die konservative Partei würde sich in diesen Zersetzungsprozeß, der sie am allerwenigsten an sich berührt, gutwillig hereinbegeben, wenn sie prinzipielle Zugeständnisse an den Sozialismus macht. Sie muß aus allen Gründen an der *privatkapitalistischen Grundlage unseres Wirtschaftslebens, am Privateigentum an den Produktionsmitteln* und an der Privatbetätigung der einzelnen wirtschaftlichen Kräfte festhalten, so sehr im einzelnen Zugeständnisse an den Staatssozialismus namentlich unmittelbar nach dem Kriege zu machen sind<sup>44</sup> und so sehr die Partei die christliche und Menschenpflicht für eine weitgehende Sozialpolitik betonen muß. Eine Neubegründung der konservativen Partei auf christlich-sozialer Grundlage wird also heute noch viel weniger Aussicht für eine Massenpartei bieten als vorher. Die Zukunft ruht vielmehr auf der Alternative, die vor 16 Jahren Herr v. Oldenburg bei seinem ersten Auftreten im Bund der Landwirte stellte<sup>45</sup>: die beiden großen Gruppen der Bauern und der Arbeiter, nur mit dem Unterschiede, daß heute auch auf unserer Seite der Patriotismus der Arbeiter und ihrer Partei als einer deshalb gleichberechtigten Staatspartei unbedingt anerkannt werden muß und alle überlieferten Mittel der Agitation gegen die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie und dergleichen ausnahmslos und ohne Einschränkung aufgegeben werden müssen<sup>46</sup>. Faßt die Partei ihre Aufgaben theoretisch und praktisch so auf, so bleibt dem industriellen Unternehmertum gar nichts anderes übrig, als sich ihr anzuschließen. Nur wird dieses nicht eine derartig einflußreiche Stellung beanspruchen können, wie sie die Schwerindustrie in den letzten Jahren ohne Zweifel auf Seiten der Rechten erworben hat. Das gleiche gilt für das Großkapital überhaupt<sup>47</sup>. Die Partei wird diese Elemente aufnehmen und auch ihnen, auch dem beweglichen Kapital die großen Opfer, ohne die die Zeit nach dem Kriege für die besitzenden Klassen überhaupt nicht verlaufen wird, wenn Deutschland von der Revolution unberührt bleiben soll, zumuten und ihre Steuerpolitik danach einrichten. Nur dann wird sie auch für indirekte Steuern mit Erfolg eintreten können.

Die Partei wird aber sich auch ihre Stellung erleichtern, wenn sie auf das Eintreten für Schichten verzichtet, die wirtschaftlich zum Sinken und zum Untergang verurteilt sind. Die sog. *Mittelstandspolitik* hatte bereits vor dem Kriege in der Hauptsache nur agitatorischen Wert<sup>48</sup>. Seitdem der Krieg und das Hilfsdienstgesetz un-

<sup>44</sup> Zur Entwicklung der staatssozialistischen Ideen s. Ralph H. Bowen, *German Theories of the Corporative State*, New York 1947.

<sup>45</sup> Diese Bemerkung H.'s ist nicht eindeutig zu klären, denn Oldenburg-Januschau war schon bei der Gründungsversammlung des Bundes der Landwirte 1893 aktiv aufgetreten; wahrscheinlich meint H. eine der ersten Reden Oldenburgs als Reichstagsabgeordneter im November 1902; vgl. Elard von Oldenburg-Januschau, *Erinnerungen*, Leipzig 1956, S. 39, 65 ff.

<sup>46</sup> Dieser Vorschlag war völlig unrealistisch, denn ein Großteil der innenpolitischen Propaganda der Konservativen hatte in der ständigen Wiederholung von Parolen gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ bestanden.

<sup>47</sup> Vice versa behaupteten die Großindustriellen, sie hätten nicht genügend Einfluß in den Rechtsparteien. Vgl. Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, S. 146 ff., 323 ff. u. passim; Hartmut Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967, S. 123 ff.

<sup>48</sup> Der Integrationswert dieser „Mittelstandspolitik“ kann freilich nicht hoch genug eingeschätzt werden, vgl. Anm. 35.

zählige selbständige Existenzen vernichtet haben<sup>49</sup>, die als solche nicht wieder auf-  
erstehen werden, muß die Mittelstandspolitik als solche auch preisgegeben werden.  
Die Gefahr ist für die Partei hier nicht gering, weil, wie gesagt, ziemlich sicher nach  
dem Kriege der Antisemitismus wieder anschwillt und vorübergehend mit diesen  
Kreisen Erfolge erzielen kann. Diesen Antisemitismus muß die Partei ablehnen,  
und zwar von vornherein, weil er aussichtslos ist. Je bestimmter die Partei ihn ab-  
lehnt, um so erfolgreicher kann sie praktisch ihn da betätigen, wo er reelle Erfolge  
haben kann, z. B. in allen Fragen des Ostjudentums<sup>50</sup>. Diese Andeutungen seien  
abgeschlossen mit dem Hinweis, daß der Schutz der schaffenden wirtschaftlichen Ar-  
beit selbstverständlicher Programmpunkt bleibt, im einzelnen sich aber nach den  
Verhältnissen nach dem Kriege richtet, die gar nicht zu übersehen sind. Der scharfe  
Gegensatz, der auf diesem Gebiete liberale und konservative besitzliche Elemente  
trennte, tritt ja außerordentlich zurück.

## VI.

Von hier aus muß der Zusammenhang mit dem Beamtentum und der geistigen  
Welt gesucht werden. Durch eine umfassende Fürsorge für das *Beamtentum* wird sich  
von selbst ergeben, daß dieses, das parteipolitisch sonst überhaupt keine Zuflucht  
mehr hat, der Partei zuströmt. Die Berührung mit der *geistigen Welt* ist zum Scha-  
den der Partei in den letzten Jahrzehnten fast völlig verlorengegangen. Sie ist zu  
gewinnen durch die Würdigung geistiger Arbeit, durch die Anerkennung der Ideen  
im Staats- und Wirtschaftsleben und durch ein umfassendes kulturpolitisches Pro-  
gramm. Indem die konservative Partei sich energisch mit den neuen Ideen ausein-  
andersetzt, statt diese zu ignorieren, und damit einen Staatsbegriff durchsetzt wie  
die englischen Konservativen, wird sie eine ungeheure Mission in der politischen  
Erziehung der Gebildeten erfüllen. Dazu muß sie freilich sich von Richtungen frei  
machen, die in reinem Patriotismus schließlich mehr geschadet als genützt und die  
politische Erziehung geradezu verdorben haben, wie die sog. alldeutsche Richtung in  
ihren Übertreibungen<sup>51</sup>.

## VII.

Die Begründung der konservativen *Weltanschauung* im übrigen bleibt die alte.  
Ob im einzelnen ein neues kirchenpolitisches Programm nötig ist, wäre zu unter-  
suchen. Der grundsätzliche Inhalt des 1. Punktes im Tivoli-Programm<sup>52</sup> bleibt mit

<sup>49</sup> Die sozialen und politischen Konsequenzen der Zerstörung des alten Mittelstands sind  
noch nicht ausreichend geklärt. Für erste Vorüberlegungen zu diesem Problem vgl. das Buch  
von Winkler (Anm. 35) und Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany  
1914–1918*, Princeton N.J. 1966, S. 459 ff.

<sup>50</sup> Siehe Anm. 19.

<sup>51</sup> Das Dilemma der Konservativen bestand darin, daß sie zwar viele berühmte Gelehrte  
zu ihren Mitgliedern oder Parteigängern zählen konnten, aber im Grunde seit Stahl und den  
Gerlachs keinen Theoretiker von Rang mehr besessen hatten. Was Hoetzsch hier im Ange-  
sicht der militärischen Niederlage mit dem Begriff des Patriotismus als Selbstzweck um-  
schreibt, machte tatsächlich doch die Ideenwelt der führenden Konservativen aus; vgl. nur  
die zahlreichen Beispiele in Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, passim.

<sup>52</sup> Tivoli-Programm vom 8. 12. 1892; *Wolfgang Treue, Deutsche Parteiprogramme*, S. 74.

Ausnahme des Satzes über die Juden bestehen. Einen Gewissenszwang hat die Partei hier ja niemals ausgeübt. Sie würde sich selbst aber ihrer besten Kräfte berauben, wenn sie diese Fundierung ihrer Arbeit abschüttelte. Die Religions- und Kirchenfeindlichkeit der Sozialdemokratie ist ja heute mehr durch a-Religiosität und a-Kirchentum ersetzt. Es ist auch fraglich, ob der Krieg das religiöse und Kirchengefühl belebt hat, ob nicht eher die durch ihn entstandenen Zweifel an der gottgesetzten Weltordnung die Überhand gewonnen haben. Um so mehr bleibt es Aufgabe der konservativen Partei, die Quellen einer Weltanschauung und einer Regulierung des staatlichen Pflichtenlebens offen zu halten, die im Christentum fließen<sup>53</sup>.

Eine eingehende Festlegung der neuen Stellung zu *machtpolitischen Fragen* (Punkt 6 und 7 des Programms) ist heute schwer, wenn nicht unmöglich. In der Stellung zu *Heer* und *Flotte* wird nach den Erfahrungen des Krieges sowie seines schlechten Ausgangs sehr stark umzulernen sein. Alte berechnete Grundsätze werden fallen müssen, nachdem ihre Vertretung die letzte entscheidende Probe nicht bestanden hat. In den Auffassungen über die Organisation des Heeres, über die Stellung des Heeres zur Regierung usw. wird eine Wandlung zu vollziehen sein. Je mehr sich die Partei hier von früher sehr wertvollen Bestandteilen ihres Programms freimacht, die durch die Macht der Verhältnisse erledigt worden sind, um so energischer wird sie auftreten können gegen die Politisierung der Armee<sup>54</sup>. Selbst wenn ein Völkerbund nach Wilsons Forderungen<sup>55</sup> zustande kommt, wird er von Staaten geschlossen werden, für die das erste Gesetz eines Staates das der Macht ist und bleibt. Auch im Völkerbund sollen die einzelnen Staaten über ein Heer verfügen. Dieses von Parlamentseinfluß so frei wie möglich zu halten, gebieten die Erfahrungen der Parlamentsheere schon überall sonst. Und für dieses die Einrichtungen und Gedanken des alten stehenden Heeres und des Berufsoffizierskorps in weitestem Umfange lebendig zu halten, verlangt einfach die Klugheit. Von hier aus wird sich zu Einzelfragen unschwer die Stellung finden lassen. Von der Flotte sei hier gar nicht gesprochen, da für die Zeit, für die wir unser politisches Denken einrichten, von einer deutschen Flottenpolitik nicht mehr die Rede sein kann<sup>56</sup>.

<sup>53</sup> Zur Prägung der konservativen Staatsanschauung durch den Protestantismus s. Fritz Fischer, *Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert*, in: HZ 171 (1951), S. 473–518; Klaus Epstein, *The Genesis of German Conservatism*, Princeton N.J. 1966; zur politischen Ausrichtung der protestantischen Kirche im und nach dem Ersten Weltkrieg: Gottfried Mehnert, *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919*, Düsseldorf 1959.

<sup>54</sup> Hoetzsch verdrängt die Tatsache, daß die deutsche Armee im Kaiserreich aufgrund eines bewußten politischen Willensaktes völlig „politisiert“ worden war, d. h. ein Offizierskorps mit einer homogenen konservativen politischen Grundhaltung besaß (vgl. dazu die ausgezeichnete Studie von Martin Kitchen, *The German Officer Corps 1890–1914*, Oxford 1968), einfach aus seinem Bewußtsein. „Politisierung“ der Armee hieß für ihn daher jede Veränderung dieses als „natürlich“ angesehenen Zustandes, wie dann auch in der Weimarer Republik das von Armeeführung und rechtsgerichteten Parteien gleichermaßen benutzte Schlagwort von der „Entpolitisierung der Armee“ stets nur die eine Funktion hatte: hinter einer ideologischen Schutzformel desto sicherer die Armee als konservative Kraft im politischen Entscheidungsprozeß bewahren und ihre Einordnung in den demokratischen Staat verhindern zu können, vgl. dazu Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918–1933*, 2. Aufl. Köln-Berlin 1965; Claus Guske, *Das politische Denken des Generals von Seeckt*, Lübeck und Hamburg 1972.

<sup>55</sup> Text der Völkerbundsrede Wilsons vom 27. 9. 1918, in: *Schulthess 1918/II*, S. 588 ff.

<sup>56</sup> Die alte Flottenfeindschaft der Konservativen, die die Flotte vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich, als Instrumentarium der Sammlungspolitik akzeptiert hatten (vgl. dazu

Die Verfechtung alter Grundanschauungen über Heer und Staat wird der Partei um so leichter werden, je mehr sie ein festes *außenpolitisches Programm* hat. Die auswärtige Politik wird unter allen Umständen künftig aufs stärkste von der Volksvertretung beeinflusst werden. Das deutsche Volk wird nach dem Kriege ohne Zweifel eine auswärtige Politik und ihre Organisation nicht mehr ertragen, die sie in diesen Krieg und in diese Niederlage hereingeführt haben. Die Partei braucht daher sowohl in ihrer Reichstagsvertretung in höherem Maße als bisher Spezialisten der auswärtigen Politik. Sie braucht noch mehr dazu ein außenpolitisches Programm. Heute läßt sich dafür noch nichts näheres sagen. Auch wenn Deutschland aus dem Kriege mit den Grenzen von 1871 hervorgeht und da anzufangen hat, wo es vor 50 Jahren stand, tut es das als eine Großmacht zweiten Ranges. Das war Deutschland nach den Machtverhältnissen und seiner geographischen Lage schon vor dem Kriege. Der Grundfehler unserer Politik war ja, daß wir, verleitet durch die ungeheure wirtschaftliche Entwicklung der 90er Jahre und unseren fabelhaften Reichtum an wirtschaftlich-technisch-militaristischen Kräfte geführt, *glaubten*, eine Weltmacht nicht nur sein zu können, sondern es auch wirklich zu sein. Diesen Irrtum seiner Politik büßt das deutsche Volk mit dem Ausgang des Krieges auf das Furchtbarste. Keine Partei wird Aussicht auf eine Stellung im Volk haben, die dies nicht unumwunden anerkennt. Behält Deutschland aber sein Gebiet wie vor dem Kriege, so bleiben die Richtlinien unserer auswärtigen Politik dieselben wie die des alten Partei-programms, die allerdings im Kriege nicht fest genug eingehalten worden sind: die Orientierung nach Osten, d. h. also der Versuch, mit der west- und ostslawischen Welt in ein festes politische Verhältnis zu kommen, das wir wirtschaftlich zu unserer Existenz brauchen, um dem Angelsachsentum ein Paroli zu bieten<sup>57</sup>. Mehr darüber zu sagen ist heute nicht möglich.

Eine Frage der großen Politik führt sodann auf die innere hinüber, die polnische. Wie sie auch gestaltet werde, es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Partei sein, sich für die Deutschen des Ostens ein besonderes *Ostmarkenprogramm* zu schaffen. Das ist sachlich notwendig, weil der Protest gegen die Abtretung preußischer Teile nicht ausreicht und die Versicherung, an der Bismarck-Bülowschen Ostmarkenpolitik festhalten zu wollen, Phrase ist<sup>58</sup>. Dafür fehlen alle außer- und innerpolitischen Voraussetzungen. Diese Ostmarkenpolitik muß, so schwer es uns wird, als solche vorbehaltlos aufgegeben und ersetzt werden durch ein sachliches Schutzprogramm für die Deutschen im Osten, das im einzelnen festzustellen ist, namentlich in den Gebieten, die national gemischt bleiben. Die Idee der Autonomie, des nationalen Katasters, der Auswechslung der Bevölkerung, der Ansiedlung nach der Nationalität,

---

Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901*, Berlin 1930; Volker R. Berg-hahn, *Der Tirpitz-Plan*, Düsseldorf 1971), bricht hier wieder durch, zumal die Flotte als machtpolitisches Instrumentarium während des Weltkrieges ihre Bewährungsprobe nicht bestanden hatte, wie es in den militärpolitischen Auseinandersetzungen vor 1914 von vielen Konservativen befürchtet worden war, die statt des forcierten Flottenbaus eine stärkere Aufrüstung der Armee verlangt hatten.

<sup>57</sup> Vgl. zu diesem konstitutiven Element preußisch-konservativer Außenpolitik: Eckart Kehr, *Englandhaß und Weltpolitik*, in: ders., *Primat der Innenpolitik*, hrsg. von H.-U. Wehler, Berlin 1970, S. 149–175.

<sup>58</sup> Vgl. dazu vor allem Martin Broszat, *200 Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963, S. 25–154; Hans-Ulrich Wehler, *Von den „Reichsfeinden“ zur „Reichskristallnacht“*, *Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871–1918*, in: ders., *Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918*, S. 181–199, 382–384; A. Galos u. a., *Die Hakatisten, Der deutsche Ostmarkenverein 1894–1934*, Berlin 1966.

der Staatsunterstützung für Kirche, Schule usw. bietet die ersten Fingerzeige dafür. Taktisch ist ein solches Programm, wie erwähnt, ganz besonders nötig, weil die Nationalliberalen sich auf diesen dankbaren Gegenstand mit allem Nachdruck stürzen werden, und wenn hier die Partei nichts positives entgegenzustellen hat, nicht nur die Mandate in Posen und Westpreußen, sondern sogar die sichersten Wahlkreise in Pommern und Ostpreußen bedroht werden.

## VIII.

Nur andeutend und ohne Anmaßung endgültiger Fassung wurde hier gezeigt, welche Zukunftsaufgaben und welche Zukunftskräfte in konservativen Gedanken liegen und wie er für unser Vaterland nutzbar gemacht werden kann. Heute wird der Untergang des alten Preußens beklagt. Soviel daran richtig ist, sei auch nicht vergessen, daß Preußen weder durch die Stein-Hardenbergsche Reform noch durch die Veränderungen der 50er und 70er Jahre untergegangen ist, daß vielmehr sich Preußen, der alte Staat der Hohenzollern, gestützt auf sein Militär und sein Beamtentum, alle die neuen Gedanken schließlich assimiliert hat. Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß dies auch mit den freilich viel stärkeren Ideen der heutigen Zeit der Fall sein wird. Nur darf sich diese Entwicklung nicht, wie in den letzten zwei Jahrzehnten, gegen die konservative Partei vollziehen. Dem wird weder sie, noch, wie wiederholt sei, vor allem ihr Rückgrat, der altpreußische Adel, standhalten können. Wie nach 1806 müssen die altpreußischen Überlieferungen mit den neuen Gedanken verbunden werden, und wir wollen sehen, ob nicht die geistigen und moralischen Kräfte, die das alte Preußen groß gemacht haben, schließlich doch stärker sind als jene.

Der Versuch, sich mit beiden Füßen auf den Boden des Neuen zu stellen und von da das Alte herüberzuleiten und zu erhalten, muß *rasch* in Angriff genommen werden. Es wurde schon gesagt, daß der Drehpunkt dafür die endgültige Annahme des gleichen Wahlrechts in Preußen ist, die im Zusammenhang mit dem Umsturz im Reich den Übergang zum demokratisch-parlamentarischen System endgültig besiegelt. In diesem wird nach menschlichem Ermessen die Partei auf absehbare Zeit in Opposition stehen. Unter keinen Umständen darf diese Zeit mit einem auch noch so geschickt geführten Verteidigungskampf für Positionen und Programmforderungen vergehen, die nicht mehr zu halten sind. Vielmehr muß ein *neues Programm*<sup>59</sup> geschaffen werden, das sich zunächst nur auf wenige allgemeine, aber zugkräftige Richtlinien beschränkt. Zugleich muß die Ausarbeitung der verschiedenen *Spezialprogramme* in Angriff genommen werden, von denen oben die Rede war, sowie die Überleitung der *Parteiorganisation*<sup>60</sup> in die neuen Verhältnisse. Die Umschau z. B., welche Wahlkreise in Reichstag und Landtag für die nächsten Wahlen in Frage kommen, mit welchen Männern sie zu besetzen, ist ebensowenig zu umgehen, wie die lebhafteste Erörterung um die Umgestaltung im Kreis der Partei. Es empfiehlt sich, diese nicht mit der Diskussion in der Öffentlichkeit zu beginnen, sondern das Außenseitern zu überlassen. Die Gefahr ist noch zu groß, daß eine solche Erörterung uferlos wird und dem Gegner frühzeitig Waffen bietet. Vielmehr müßte unmittelbar nach Annahme der Wahlvorlage der *50er Ausschuß* zusammentreten und in

<sup>59</sup> Siehe Anm. 26.

<sup>60</sup> Über den Stand der Parteiorganisation der Konservativen gibt einen guten Überblick Thomas Nipperdey, *Die Organisation der Deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961, S. 241–264.



diesem die grundlegende Diskussion eröffnet werden, die hier in den Grundlinien angedeutet wurde.

Dort müßten die Ausschüsse für die Sonderprogramme niedergesetzt und die Grundlinien für die praktische Arbeit in der Organisation, Agitation und Fühlungnahme mit Nachbarparteien gezogen werden. Erst danach kann die Partei an die Öffentlichkeit treten. Später als zu Beginn des Frühjahrs darf das nicht der Fall sein und bereits dann hängt alles davon ab, ob dieses Auftreten von einem positiven Programm begleitet ist oder ob es sich lediglich auf den Aufruf beschränkt, an den alten Idealen und Forderungen festzuhalten. Wird unserem Vaterland in diesem Winter die zweifellos drohende Gefahr innerer Unruhen erspart, dann wird in dieser Zeit die Grundlage geschaffen werden können für eine Neugestaltung und neue Arbeit der konservativen Partei, durch die sie sich selbst mächtig und reif machen kann, um bei gegebener Zeit ihrerseits die Regierung übernehmen zu können, und mit der sie unserem preußischen und deutschen Vaterlande im höchsten Grade nützen wird.